

Die EU lockert in Griechenland die Zügel

Die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft hat sich „erheblich verbessert“

Am Sonntag entließ die EU-Kommission das einstige Krisenland aus der „Enhanced Surveillance“, der verstärkten Überwachung. Damit erhält die griechische Regierung ab dieser Woche mehr Handlungsspielraum. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Landes wird nicht mehr in Brüssel gemacht, sondern in Athen – wenn auch im Rahmen der EU-Stabilitätsvorgaben.

Von Gerd Höhler

Für den griechischen Finanzminister Christos Staikouras ist es ein Wendepunkt: „Nach zwölf Jahren geht ein schwieriges Kapitel für unsere Nation zu Ende“, kommentierte er jetzt das Ende der Kuratel. Griechenland kehre damit zur Normalität zurück, so Staikouras. Mit dem Ende der verschärften Kontrollen zieht die EU-Kommission einen formellen Schlussstrich unter die Schuldenkrise, die das Land im Frühjahr 2010 an den Rand des Zahlungsausfalls geführt hatte. Mit dem größten Kreditprogramm der internationalen Finanzgeschichte wurde das Land gerettet: Internationale Finanzhilfen von 278 Milliarden Euro flossen nach Athen. Im August 2018 liefen die Hilfsprogramme aus. Das damals eingeführte verschärfte Überwachungsverfahren sah vierteljährliche Überprüfungsmissionen zur wirtschaftlichen Lage und zur Reformagenda vor. Dieses Monitoring sollte helfen, Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Das ist aus Sicht der Brüsseler Kommission gelungen. Sie lobte jetzt, als Ergebnis der griechischen Reformanstrengungen habe sich „die



Finanzminister Christos Staikouras:

„Nach zwölf Jahren geht ein schwieriges Kapitel für unsere Nation zu Ende.“ (Foto: ek/Archiv)

Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft erheblich verbessert“.

Von Grexit redet keiner mehr

Vom „Grexit“, einem Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion, redet heute niemand mehr. Aber die Folgen der Krise sind längst noch nicht überwunden. Zwischen 2008 und 2015 verlor Griechenland fast 28 % seiner Wirtschaftsleistung. Heute hat es den größten Schuldenberg und eine der höchsten Arbeitslosenquoten der EU. Aber die Wirtschaft erholt sich schnell. Im vergangenen Jahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 8,3 %. Analysten erwarten für dieses Jahr bis zu 6 % Plus. Damit könnte das BIP auf knapp 190 Mrd. Euro steigen. Es läge damit allerdings immer noch weit unter dem Niveau des Vorkrisenjahres 2008.

Damals erreichte die Wirtschaftsleistung 242 Mrd. Euro.

Die größten Fortschritte kann Griechenland bei der Konsolidierung des Haushalts vorweisen – auch wenn die Pandemie und die Energiekrise das Land, wie fast alle EU-Staaten, fiskalisch zurückgeworfen haben. Erst machte der Staat 2020 Milliarden locker, um die vom Corona-Lockdown betroffenen Unternehmen zu stützen und Arbeitsplätze zu sichern, jetzt muss der Athener Finanzminister erneut tief in die Kasse greifen, um die Folgen der Energiepreisexlosion für die Bürger und Unternehmen abzufedern. In diesem Jahr wird deshalb die Primärbilanz des Haushalts mit einem Minus von 2 % des BIP abschließen. Aber im kommenden Jahr will Griechenland auf den Pfad der fiskalischen Tugend zurückkehren und einen Überschuss von 1 % erwirtschaften. 2023 soll der Primärüberschuss auf 2,1 und 2025 auf 2,4 % steigen.

Kontrolle bis 2059

Überschüsse sind wichtig, damit Griechenland seinen Schuldenberg abtragen kann. Die Staatsschuldenquote erreichte im Corona-Krisenjahr 2020 mit 206,3 % vom BIP einen neuen Rekord. Ende dieses Jahres soll sie auf 180 % zurückgehen und 2025 erstmals seit Beginn der Schuldenkrise wieder unter die Marke von 150 % fallen.

Auch wenn Griechenland die höchste Schuldenquote in der EU hat, gilt das Risiko eines Rückfalls in den Schuldenstrudel als gering. Der Grund liegt in der Schuldenstruktur: Drei Viertel der Verbindlichkeiten liegen bei öffentlichen Gläubigern wie dem Euro-Stabilitätsfonds ESM. Mit 20 Jahren hat Griechenland die längste mittlere Laufzeit der Staatsverschuldung aller EU-Länder, der durchschnittliche Zinssatz liegt bei 1,4 %.

Mit dem Ende der verschärften Aufsicht erwartet Griechenland jetzt auch die Auszahlung von Schuldenerleichterungen in Höhe von 748 Mio. Euro. Dabei handelt es sich um Kursgewinne, die die Europäische Zentralbank und nationale Notenbanken mit Stützungskäufen griechischer Staatsanleihen gemacht haben. Der Abschluss der verstärkten Überwachung bedeutet jedoch keine Ende der Prüfungen. Griechenland bleibt, wie die anderen Programmländer Irland, Spanien, Zypern und Portugal, unter Beobachtung. Die Überprüfungen finden aber statt bisher vierteljährlich nur noch alle sechs Monate und in der Regel nicht mehr vor Ort statt. Diese Aufsicht wird fortgesetzt, bis die Länder drei Viertel der gewährten Hilfskredite zurückgezahlt haben. Im Fall Griechenlands wird das planmäßig erst 2059 der Fall sein.

Griechenland importiert weiterhin eifrig aus Russland

Trotz EU-Embargo blieb der Wert der Importe aus Russland auch im Monat Juni auf hohem Niveau. Er belief sich auf 625 Mio. Euro und war somit um 86 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das belegen Angaben der Statistikbehörde ELSTAT. Griechenlands Handelsdefizit mit Russland weitete sich infolgedessen beträchtlich aus und erhöhte sich in einem Jahrestempo von 27 % auf 612 Mio. Euro. Die gesamte erste Jahreshälfte betrachtet nahm der Umfang von Russlands Exporten nach Griechenland noch stärker zu – um 112 % auf 3,46 Mrd. Euro. Diese Entwicklung geht fast ausschließlich auf Energieimporte zurück. Im Juni allein führte Hellas russisches Rohöl im Wert von 476 Mio. Euro und Erdgas im Wert von 104 Mio. Euro ein. Das EU-Embargo auf russische Erdölprodukte trat erst im Dezember in Kraft. Der Handel zwischen Griechenland und der Ukraine fällt hingegen viel bescheidener aus. Ukrainische Waren im Wert von lediglich 6,25 Mio. Euro

wurden im Juni importiert, 41 % weniger als im Vergleichsmonat von 2021. Griechische Exporte in die Ukraine nahmen zwar rapide zu, bleiben jedoch mit einem Umfang von 86 Mio. Euro eher bescheiden. Dabei handelt es sich größtenteils um verarbeitete Erdölprodukte. Früchte machen bei den griechischen Exporten in die Ukraine lediglich 2,66 Mio. Euro aus. (GZdc)

Bank of Cyprus: Objekt der Begierde eines US-Fonds

Die Bank of Cyprus ist zum Objekt der Begierde eines US-amerikanischen Investmentfonds geworden. Lone Star Funds, eine vom Milliardär John Grayken gegründete Firma, unterbreitete der Bank of Cyprus ein Kaufangebot, das Zyperns größtes Kreditinstitut auf mehr als 500 Mio. Euro bewertet. Der Vorstand der Bank of Cyprus lehnte das Angebot ab. Lone Star Funds könnte sich nun eventuell direkt an die Teilnehmer der Bank wenden, eventuell mit einem höheren Angebot. Lone Star Funds, mit Sitz in Dallas, warnte jedoch, dass es keine Garantie für ein erneutes

Angebot gäbe. Lone Star Funds hat auch in andere europäische Banken investiert. Dazu zählen die IKB Deutsche Industriebank AG und die Novo Banco SA aus Portugal. (GZdc)

Keine rosigen Aussichten für die Pkw-Branche in 2022

Der Kaufkraftverlust der Konsumenten macht sich auf dem griechischen Automarkt bemerkbar. Angaben von Branchenvertretern zufolge haben sich die Absatzzahlen neuer Pkw verschlechtert. Zwischen Januar und Juli wurden 65.692 neue Privatautos verkauft, 4,4 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Ein weiteres Indiz für die knappen Budgets der Verbraucher ist, dass der Handel mit Gebrauchtfahrzeugen gleichzeitig kräftig zunimmt. Knapp 49.000 Autos aus zweiter Hand wechselten in den ersten sieben Monaten des Jahres den Besitzer – ein bemerkenswerter Sprung von 28 %. Bei den neuen Pkw haben Marken aus Fernost die unbestrittene Marktführerschaft. Auf den japanischen Hersteller Toyota entfie-

len 15 % aller Verkäufe und auf die südkoreanische Marke Hyundai 9,2 %. Volkswagen und Peugeot teilen sich Rang drei mit jeweils 7,7 %. (GZdc)

Netzbetreiber verkauft Anteil an Attika-Kreta-Stromkabel

Der griechische Stromnetzbetreiber ADMIE gab eine Ausschreibung zum Verkauf eines 20-Prozent-Anteils an der zukünftigen Stromverbindung zwischen Kreta und dem griechischen Festland bekannt. Potenzielle Bewerber sollen ihr nicht verbindliches Interesse bis zum 28. September bekunden. Verbindliche Angebote sollen in einer späteren, zweiten Phase des Auswahlverfahrens unterbreitet werden, die sich über drei oder vier Monate hinziehen soll. Die Ausschreibung sieht den Verkauf von 20 Prozent an der ADMIE-Tochtergesellschaft Ariadne Interconnection vor. Ariadne ist mit der Verlegung eines 335 Kilometer langen Strom- und Glasfaserunterseekabels von Kreta bis nach Attika beauftragt. Das Projekt soll im Jahr 2024 abgeschlossen sein. (GZdc)